Protokoll über die Sitzung des Ausschusses für Finanzen, Liegenschaften und Wirtschaftsförderung

Sitzungsdatum: Montag, den 23.11.2020
Beginn: 17:00 Uhr
Ende: 18:35 Uhr
Ort, Raum: Ratssaal 128

Anwesend:

Bürgermeister

Herr Tobias Gerdesmeyer

Vorsitzender

Herr Walter Sieveke

Ausschussmitglieder

Herr Frank Bruns

Herr Evren Demirkol

Frau Margarete Godde

Herr Ralf Kache

Frau Silvia Klee

Herr Fabio Maier

Herr Walter Mennewisch

Frau Christina Renner

Herr Konrad Rohe

Frau Julia Sandmann-Surmann

Herr Peter Willenborg

Herr Michael Zobel

Verwaltung

Herr Gert Kühling

Herr Hermann Theder

Herr Maik Bakenhus

Abwesend:

Ausschussmitglieder

Herr Ali Yilmaz

Tagesordnung:**Öffentlich**

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit sowie der Tagesordnung
2. Genehmigung des Protokolls von der Sitzung am 22.09.2020
3. Förderung der Musikschule
Vorlage: 20/038/2020
4. Finanzielle Unterstützung der Jugendwerkstatt des Caritas-Sozialverkes GmbH, Vechta
Vorlage: 20/033/2020
5. Antrag der SPD Fraktion gem. § 56 NkomVG - Erlass von Sondernutzungs- und Marktstandgebühren
Vorlage: 20/039/2020
6. Gebührenbedarfsberechnung für die öffentliche Einrichtung "Straßenreinigung" für das Haushaltsjahr 2021
Vorlage: 22/010/2020
7. Schließenanlage Von-Galen-Schule / Musikschule / Jahrturnhalle; Antrag der Schulleitung
Vorlage: 65/072/2020
8. Neues Kommunales Rechnungswesen - Unterjähriges Berichtswesen
Vorlage: 22/011/2020
9. Haushaltsplanentwurf für das Jahr 2021
Vorlage: 20/037/2020
10. Mitteilungen und Anfragen
 - 10.1. Förderanträge für die Sanierung kommunaler Einrichtungen
 - 10.2. Förderung "Kleines Kaufhaus Lohne"
 - 10.3. Aufstockung des Lohner Sondergutscheins
 - 10.4. Abwasserpreise

Öffentlich**1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit sowie der Tagesordnung**

Der Ausschussvorsitzende eröffnete die Sitzung, stellte die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest und begrüßte die Anwesenden – darunter als Zuhörer den Leiter der Musikschule Lohne, Herrn Michael Gudenkauf. Der Ausschussvorsitzende ließ darüber abstimmen, ob der Ausschuss – wenn gewünscht – Wortbeiträge von Herrn Gudenkauf zum TOP 3 zulässt.

Beschluss:

einstimmig beschlossen
Ja-Stimmen: 13

2. Genehmigung des Protokolls von der Sitzung am 22.09.2020

mehrheitlich beschlossen
Ja-Stimmen: 12 , Enthaltungen: 1

**3. Förderung der Musikschule
Vorlage: 20/038/2020****Sachverhalt:**

Wie alle dem Verband deutscher Musikschulen angeschlossenen Musikschulen ist die Musikschule Lohne e. V. neben den Unterrichtsentgelten auf eine nennenswerte Unterstützung aus öffentlichen Mitteln angewiesen. Eine kostendeckende Erhebung von Unterrichtsentgelten ist aus sozialen Gründen nicht möglich, bzw. der Unterricht wäre so teuer, dass er nur von einem deutlich kleineren Kreis von Schülerinnen und Schülern besucht werden könnte. Für den Zeitraum 2018 – 2020 erhielt die Musikschule Lohne e. V. von der Stadt Lohne einen jährlichen Zuschuss in Höhe von 360.000 € als Festbetrag. Zusätzlich werden die Räume der Von-Galen-Schule einschließlich Nebenkosten kostenfrei zur Verfügung gestellt.

Die Musikschule Lohne hat im Rahmen der Erstellung ihres Haushaltsplans für das Jahr 2021 beantragt, den Zuschuss ab dem Jahr 2021 - also nach Ablauf von drei Jahren - zu erhöhen. Begründet wird der Antrag mit den gestiegenen und weiter steigenden Kosten insbesondere im Personalbereich, die ohne den erhöhten Ausgleich der Stadt Lohne zu einem erheblichen Defizit führen. Von den Gesamtausgaben entfallen ca. 95 % auf die Personalkosten. Laut Angaben ist zum 01.04.2021 eine leichte Erhöhung der Unterrichtsentgelte beabsichtigt, die aber nur zu leichten Mehreinnahmen führen dürfte. Die Schülerzahl wurde mit knapp 1.000 Schüler*innen angegeben. Nach den vorgelegten Zahlen belief sich das Defizit des Jahres 2019 im Abschluss auf ca. 11.700 €. Das Jahr 2020 stellt vor allem wegen der Folgen der COVID19-Pandemie ein Sonderjahr dar. Durch den Lockdown im Frühjahr fiel über mehrere Wochen der Unterricht aus, und Gebühren wurden zum Teil nicht erhoben. Dadurch fielen allerdings auch weniger Personalausgaben bzw. eine teilweise Erstattung durch die Bundesanstalt für Arbeit an. Viele Eltern zeigten sich solidarisch und verzichteten auf eine Rückzahlung der Entgelte, obwohl Unterricht nicht angeboten werden konnte. Nach jetziger Hochrechnung schließt das Rechnungsjahr 2020 statt des vorher erwarteten Defizits von ca. 40 T€ voraussichtlich mit einem Überschuss ab, der aber nur durch die Sondersituation bedingt ist. Nach dem Haushaltsplan 2021 beläuft sich das zu erwartende Jahresdefizit 2021 des Vereins selbst bei einer Erhöhung des städtischen Zuschusses von 360.000 € auf beantragte 400.000 € immer noch auf ca. 20.000 €. Von den Ausgaben (ohne die Wange-

rooge-Freizeit) von ca. 961 T€ sind 438 T€ oder 45,6 % planmäßig durch Unterrichtsentgelte gedeckt.

Eine Zuschusserhöhung auf 400.000 € pro Jahr ab 2021 sei zur Zahlung der künftig zu erwartenden Ausgaben und zur Planungssicherheit für den ehrenamtlich geführten Verein notwendig. Erhebliches Einsparpotential bei gleichbleibender Quantität und Qualität des Leistungsumfangs oder wesentliche weitere Einnahmen sind nach Einschätzung der Verwaltung für 2021 nicht absehbar. Mit dem beantragten Zuschuss sind Ersatzinvestitionen für Instrumente noch nicht möglich – die Musikschule ist daher auf die Zuweisung des Landkreises angewiesen und erhofft zusätzliche Einnahmen durch einen in Gründung befindlichen Förderverein.

Beratungsverlauf:

Ein Sprecher der CDU-Fraktion hob die gute Arbeit der Musikschule hervor und stellte den ergänzenden Antrag, neben der Erhöhung des jährlichen Zuschusses auf 400.000 zusätzlich 10.000 € pro Jahr für Instrumente und Ausstattung bereitzustellen. Eine Sprecherin der SPD-Fraktion wies auf die letztmalige Erhöhung von 300.000 auf 360.000 € hin. Seinerzeit wurde zur Verbesserung der finanziellen Situation die Gründung eines Fördervereins und zudem eine Verstärkung von öffentlichen Auftritten angeregt.

Der Leiter der Musikschule, Herr Gudenkauf, teilte zur personellen Situation mit, dass zwar 30 Mitarbeiter vorhanden seien, insgesamt sind dies in Summe aber lediglich 13,5 Vollzeit-Stellen. Die Personalkosten, vor allem pädagogische Kosten, liegen bei 97 %, so dass die sonstigen Sachkosten 3 % ausmachen. Eine Auflage, Schülerkonzerte durchzuführen, um Kosten zu decken, hält Herr Gudenkauf aufgrund des damit verbundenen Aufwandes für nicht umsetzbar. Bürgermeister Gerdsmeyer ergänzte, dass die fest angestellten Kräfte von der Bezahlung her an den TVöD gekoppelt seien, um eine Verlässlichkeit zu gewähren.

Weiter teilte Herr Gudenkauf mit, dass im Falle der Einrichtung eines zusätzlichen Fördertopfes in Höhe von 10.000 € diese Mittel auch als Kofinanzierung eingesetzt werden, um weitere Fördergelder zu akquirieren.

Der Ausschussvorsitzende ließ zunächst über die Ergänzung des bisherigen Förderantrages um weitere 10.000 € für die nächsten drei Jahre für Instrumente und Ausstattung abstimmen.

Beschluss:

mehrheitlich beschlossen

Ja-Stimmen: 11 , Enthaltungen: 2

Danach stellte der Vorsitzende die geänderte Beschlussempfehlung zur Abstimmung.

Beschlussempfehlung:

Die Musikschule Lohne e. V. erhält für den Zeitraum 2021-2023 einen Zuschuss in Höhe von 400.000 € pro Jahr.

Zusätzlich werden für den Zeitraum 10.000 € pro Jahr für Instrumente und Ausstattung bereitgestellt.

einstimmig beschlossen

Ja-Stimmen: 13

4. Finanzielle Unterstützung der Jugendwerkstatt des Caritas-Sozialwerkes GmbH, Vechta
Vorlage: 20/033/2020

Sachverhalt:

Die Jugendwerkstätten im Land Niedersachsen sind seit Jahren auf dem Gebiet der Förderung von benachteiligten Jugendlichen bezüglich der Entwicklung beruflicher Perspektiven tätig.

Dies geschieht mit finanzieller Unterstützung des Landes Niedersachsen, der EU, der örtlichen Jobcenter und der Landkreise. Vom 01.04.2018 bis zum 31.12.2020 läuft die aktuelle Förderperiode der Jugendwerkstatt nach den Richtlinien über die Gewährung von Zuwendungen von Jugendwerkstätten. Die Jugendwerkstatt der Caritas-Sozialwerk Vechta GmbH nimmt seit vielen Jahren die Aufgaben laut Richtlinien wahr. Seit den 1980er Jahren erhält das Caritas-Sozialwerk (CSW) für den Betrieb der Jugendwerkstatt einen Zuschuss der Stadt Lohne. Die Stadt Lohne ermöglicht damit die Integration arbeitsloser und benachteiligter junger Menschen in Arbeit und Gesellschaft. In den Bereichen Holztechnik, Garten- und Landschaftsbau und der Fahrrad- u. Nähwerkstatt werden benachteiligte Jugendliche im Alter von 14 bis 27 Jahren im Rahmen niederschwelliger Angebote im Vorfeld von Ausbildung, Qualifizierung und Beschäftigung geschult und an Arbeitsprozesse herangeführt. Die meisten Teilnehmer kommen aus Lohne (1. HJ 2020 = 70,30 %). Hinzu kommt das Angebot eines niederschweligen Deutschkurses für die jungen Migrant/innen mit wenigen Deutschkenntnissen. Hierbei handelt es sich überwiegend um junge Asylanten und Flüchtlinge aus Syrien und dem Irak. Diese Personengruppe hat inzwischen ihre Aufenthaltsgenehmigung bekommen, steht im Leistungsbezug des Jobcenters und wartet auf einen Platz im Integrationskurs, eine schulische Maßnahme oder die Integration in den Arbeitsmarkt. Junge Menschen, die in der Warteschleife einer schulischen oder beruflichen Bildung stehen und nicht im Leistungsbezug sind, können im Rahmen einer beruflichen Orientierung ihre sozialen und beruflichen Kompetenzen erweitern und ein freiwilliges Praktikum absolvieren. Schüler/innen mit fehlender Schul- und Lernmotivation können die Jugendwerkstatt als alternativen, außerschulischen Lernort nutzen und ihre Berufsschulpflicht nach § 69 Abs. 4 NSchG in der Jugendwerkstatt erfüllen. Junge Menschen können ihre gerichtlich auferlegten gemeinnützigen unentgeltlichen Arbeitsstunden ableisten.

Für das Jahr 2020 wurde mit Schreiben vom 14.09.2020 ein Zuschuss in Höhe von 10.000,00 € beantragt.

Die Stadt Lohne fördert seit Jahren benachteiligte Jugendliche und ermöglicht damit die Integration arbeitsloser und benachteiligter junger Menschen in Arbeit und Gesellschaft. Eine Förderung der Jugendwerkstatt des CSW sollte daher auch für das Jahr 2020 erfolgen.

Beratungsverlauf:

Auf Nachfrage wurde verwaltungsseitig ergänzt, dass auch die Höhe des Zuschusses seit vielen Jahren unverändert bei 10.000 € liege mit einer Ausnahme, bei der 20.000 € gewährt wurden.

Beschlussvorschlag:

Die Jugendwerkstatt des Caritas-Sozialwerkes GmbH, Vechta erhält für das Jahr 2020 einen Zuschuss in Höhe von 10.000,00 €.

einstimmig beschlossen
Ja-Stimmen: 13

5. Antrag der SPD Fraktion gem. § 56 NkomVG - Erlass von Sondernutzungs- und Marktstandgebühren
Vorlage: 20/039/2020

Sachverhalt:

Die SPD-Fraktion beantragt mit Schreiben vom 03.11.2020, dass die Stadt Lohne für den Zeitraum vom 01.01.2021 bis zum 31.12.2021 keine Sondernutzungs- und Marktstandgebühren erheben solle. Begründet wird dies mit den weiteren Belastungen aufgrund der Corona Virus – Pandemie und den stark verminderten Einnahmen.

Beratungsverlauf:

Ein Sprecher der SPD-Fraktion stellte den Antrag vor und ergänzte, dass davon auszugehen sei, dass auch für das kommende Jahr 2021 eine unbillige Härte anzunehmen sei. Allerdings müsste differenziert werden, ob und in welchem Umfang die Marktbesucher von der Situation betroffen sind. Das finanzielle Gesamtvolumen für die beantragte Erlassregelung wurde mit circa 15.000 € angegeben.

Verwaltungsseitig wurde ausgeführt, dass der Besuch des Marktes an sich zugenommen habe und auch weitere Marktbesucher hinzugekommen sind. Demzufolge waren sich die Ausschussmitglieder einig, die Marktbesucher aus der vorgesehenen Erlassregelung herauszunehmen.

Beschlussvorschlag:

Die Sondernutzungsgebühren für die Lohner Gastronomie und Eisdielen werden für den Zeitraum vom 01.01.2021 bis zum 31.12.2021 erlassen.

einstimmig beschlossen
 Ja-Stimmen: 13

6. Gebührenbedarfsberechnung für die öffentliche Einrichtung "Straßenreinigung" für das Haushaltsjahr 2021
Vorlage: 22/010/2020

Sachverhalt:

Laut Beschluss aus dem Jahre 1993 ist der Kalkulationszeitraum für die o. a. Einrichtung auf ein Jahr begrenzt, d.h. es ist jährlich eine neue Berechnung zu erstellen. Die Kalkulation für das Jahr 2021 weist folgende Ergebnisse aus:

Reinigungsklasse 1:	1,26 €/m
Reinigungsklasse 3:	11,88 €/m

Das Betriebsergebnis für das Jahr 2019 ergab in der Reinigungsklasse 1 einen Überschuss in Höhe von 7.347,08 € und in der Reinigungsklasse 3 einen Überschuss in Höhe von 492,83 €. Der Überschuss in den Reinigungsklassen 1 und 3 wird in den Jahren 2021, 2022 und 2023 ausgeglichen. Seit dem Jahr 2016 betragen die Gebührensätze 1,25 € bzw. 11,64 € je m Straßenfront. Die bei der Gebührenbedarfsrechnung für das Jahr 2021 ermittelten Gebührensätze weichen nur geringfügig von den zurzeit festgesetzten kostendeckenden Gebührensätzen ab. Die Gebührensätze können daher für das Jahr 2021 unverändert bleiben. Für die Festsetzung der Gebührensätze ist der Ortsgesetzgeber zuständig. Grundlage für diese Entscheidung ist eine Gebührenkalkulation, über die zu beschließen ist. Nach den

gesetzlichen Bestimmungen (§ 5 NKAG) kann für die Gebührenkalkulation ein Zeitraum von bis zu drei Jahren zugrunde gelegt werden. Aufgrund der seit 2016 konstanten Gebührensätze in den Reinigungsklassen 1 und 3 und des nahezu unveränderten räumlichen und zeitlichen Umfangs der Straßenreinigung dürfte es für die Zukunft (ab 2022) sachgerecht sein, einen dreijährigen Kalkulationszeitraum zugrunde zu legen.

Beratungsverlauf:

Stadtkämmerer Theder erläuterte den Sachverhalt und begründete den Wechsel auf einen 3-jährigen Kalkulationszeitraum.

Beschlussempfehlung:

1. Der Gebührenbedarfsberechnung für das Jahr 2021 für die öffentliche Einrichtung „Straßenreinigung“ wird zugestimmt.
2. Die Gebührensätze für das Jahr 2021 bleiben unverändert.
3. Der Kalkulationszeitraum wird ab 2022 auf drei Jahre festgelegt.

einstimmig beschlossen
Ja-Stimmen: 13

7. Schließanlage Von-Galen-Schule / Musikschule / Jahrturnhalle; Antrag der Schulleitung Vorlage: 65/072/2020

Sachverhalt:

Die Schulleitung der Von-Galen-Schule und der Musikschule stellt in einem Schreiben aus September 2020 den Antrag auf Installation einer neuen Schließanlage. Sie hebt die Besonderheiten der Einrichtung aufgrund der Mehrfachnutzung - Schule / Musikschule / Sport - dabei heraus. Lt. Angabe sind rd. 70 Personen zu unterschiedlichen Zeiten in der Einrichtung beschäftigt. Die Musikschule und die Von-Galen-Schule nutzen dabei viele Räume gemeinsam. Dabei kann es immer wieder zu „Traktwechseln“ kommen, beispielsweise nutzt die Musikschule derzeit die Gruppenräume des neuen Anbaus als Unterrichtsräume. Andernfalls kann es sein, dass die Musikschule in andere Räume ausweichen muss, weil wiederum diese Räumlichkeiten für den Ganzttag eingeplant sind. Elternsprechtage oder ähnliche Veranstaltungen führen regelmäßig zu spontanen Raumplanänderungen. Vor diesem Hintergrund wäre ein analoges Schließsystem, wobei die Herausgabe von Generalschlüsseln an fast sämtliche Lehrkräfte erfolgen müsste, nicht praktikabel. Aus der Erfahrung wird berichtet, dass dieses zu einer unüberschaubaren Situation führt.

Unter diesen Voraussetzungen erscheint ein elektronisches Schließsystem zweckmäßiger. Die charakteristischen Vorzüge einer solchen Anlage sind:

- Sofortige Sperrung verloren gegangener Schlüssel möglich
- Kurzfristige und Flexible Vergabe von Schließberechtigungen
- Komfort und Sicherheit werden erhöht (elektr. Schlüssel sind nicht kopierbar)
- Mögliche Anbindung an weitere Systeme (z. B. Zeiterfassungen)

Die Entscheidung für eine Schließanlage braucht nicht zwingend gegen eine der beiden möglichen Varianten auszufallen. Beide Systeme können sich in ihrer Funktion ergänzen. So lassen sich beispielsweise Außentüren und wichtige Innentüren mit einer digitalen Schließ-

anlage ausstatten, die restlichen Innentüren bleiben vorerst unverändert. Dadurch lässt sich flexibel auf einen Schlüsselverlust reagieren und die Sicherheit (Außenhaut) wiederherstellen. Eine Erweiterung der digitalen Schließanlage ist jederzeit möglich. Hierzu muss dann zusammen mit den Schulleitungen ein Schließplan erstellt werden. Für die Neuinstallation einer Schließanlage mit elektronische Bauteilen würden Kosten in Höhe von ca. 20.000,- € bis 27.500,- € entstehen.

Beratungsverlauf:

Auf den einstimmigen Beschluss im Schulausschuss wurde hingewiesen. Bürgermeister Gerdsmeyer ergänzte, dass die beantragte Schließanlage auch der Musikschule zugute komme.

Beschlussvorschlag:

Die Von-Galen-Schule erhält eine neue Schließanlage. Hierbei sollen elektronische Schließsysteme mit eingesetzt werden.

einstimmig beschlossen
Ja-Stimmen: 13

8. Neues Kommunales Rechnungswesen - Unterjähriges Berichtswesen Vorlage: 22/011/2020

Sachverhalt:

In § 21 der Kommunalhaushalts- und Kassenverordnung (KomHKVO) ist zur Unterstützung der Verwaltungssteuerung und für die Beurteilung der Wirtschaftlichkeit und Leistungsfähigkeit der Kommune entsprechend den örtlichen Bedürfnissen u. a. ein Controlling mit einem unterjährigen Berichtswesen geregelt. Hiermit soll die Möglichkeit eröffnet werden, notfalls Korrekturen in der Haushaltsführung vorzunehmen. Zum Stichtag 31.10.2020 ergibt sich folgender Stand der Haushaltsführung:

Ergebnishaushalt	Haushaltsplan einschl. Nachtrag	Stand 31.10.2020	Stand 31.10.2019
Ordentliche Erträge davon	51.468.200,00 €	37.374.387,16 €	34.362.671,86 €
Gewerbesteuer	20.800.000,00 €	17.289.268,46 €	17.728.600,46 €
Gemeindeanteil der Einkommensteuer	11.500.000,00 €	8.818.385,00 €	6.067.921,00 €
Ordentliche Aufwen- dungen	48.281.400,00 €	32.346.152,66 €	31.205.974,73 €
Außerordentliche Erträge	800.000,00 €	1.941.365,38 €	891.220,01 €
Außerordentliche Aufwendungen	200.000,00 €	104.857,52 €	85.910,16 €

Finanzhaushalt	Haushaltsplan einschl. Nachtrag	Stand 31.10.2020	Stand 31.10.2019
Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	49.639.700,00 €	33.536.048,01 €	34.578.615,14 €
Auszahlungen aus laufender	43.458.400,00 €	34.172.399,64 €	32.931.100,87 €

Verwaltungstätigkeit			
Einzahlungen für Investitionstätigkeit	6.898.000,00 €	5.674.581,15€	3.169.827,63 €
Auszahlungen für Investitionstätigkeit	22.066.000,00 €	8.768.829,31€	7.133.263,25 €
Einzahlungen für Finanzierungstätigkeit	2.000.000,00 €	138.366,84 €	0,00 €
Auszahlungen für Finanzierungstätigkeit	1.089.000,00 €	781.955,27 €	657.229,73 €
Summensaldo Finanzhaushalt	-8.075.700,00 €	- 4.374.188,22 €	- 2.973.151,08 €

Anmerkungen

- Der Gewerbesteuerhaushaltsansatz für 2020 beträgt 20.800.000,00 €. Die Gewerbesteuerforderungen bis zum Jahresende betragen zurzeit 23.562.969,27 €. Durch noch vorzunehmende Berichtigungsveranlagungen wird sich dieser Forderungsbeitrag noch verändern. Enthalten sind zudem im Einspruchsverfahren befindliche Forderungen in Höhe von ca. 0,7 Mio. € größerer Unternehmen.
- Die Erlöse aus dem Verkauf von Grundstücken (Außerordentliche Erträge durch Verkauf über Bilanzwert) liegen zurzeit ca. 1,14 Mio. Euro über dem Haushaltsansatz von 800.000,00 €. Die Erlöse resultieren aus dem Verkauf von Wohnbau- und Erbbaugrundstücken (BG 26 E, BG 146 B, BG 138) sowie einem Gewerbegrundstück.
- Die Liquidität, d. h. die Fähigkeit der Stadt Lohne, zu jeder Zeit ihren Zahlungsverpflichtungen nachzukommen, ist gewährleistet.

Beratungsverlauf:

Stadtkämmerer Theder erläuterte die Zahlen und ergänzte, dass die Gewerbesteuereinnahmen zum 01.11. 16,7 Mio. €, zum 23.11. 22,1 Mio. € betragen und Ende des Jahres voraussichtlich bei ca. 21 Mio. € liegen werden.

Weiter teilte Herr Theder mit, dass die Anträge zur zinslosen Stundung seit Juli erheblich zurückgegangen seien. Demzufolge könne der Bericht über zinslose Stundungen künftig wegfallen. Im Ausschuss gab es hierzu keinen Einwand.

zur Kenntnis genommen

9. Haushaltsplanentwurf für das Jahr 2021 Vorlage: 20/037/2020

Sachverhalt:

Der Haushaltsplanentwurf für das Jahr 2021 mit Stand 10.11.2020 gliedert sich wie folgt:

1. Ergebnishaushalt

Bezeichnung		Ansatz 2021
01.	Steuern und ähnliche Abgaben	40.435.000
02.	Zuwendungen und allgemeine Umlagen außer für In-	3.818.500

	Investitionstätigkeit	
03.	Auflösungserträge aus Sonderposten	1.684.500
04.	Sonstige Transfererträge	0
05.	Öffentl.-rechtl. Entgelte außer Beiträgen u. ä. Entgelten für Investitionstätigkeit	998.200
06.	Privatrechtliche Entgelte	894.500
07.	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	324.000
08.	Zinsen und ähnliche Finanzerträge	126.000
09.	Aktivierete Eigenleistungen	0
10.	Bestandsveränderungen	0
11.	Sonstige ordentliche Erträge	1.407.000
12.	= Summe ordentliche Erträge	49.687.700

13.	Aufwendungen für aktives Personal	9.160.200
14.	Aufwendungen für Versorgung	69.000
15.	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	7.991.800
16.	Abschreibungen	4.290.000
17.	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	52.000
18.	Transferaufwendungen	23.783.000
19.	Sonstige ordentliche Aufwendungen	2.588.800
21.	= Summe ordentliche Aufwendungen	47.934.800
	ordentliches Ergebnis = Überschuss 2021	1.752.900

2. Finanzhaushalt

Der Finanzhaushalt enthält alle Ein- und Auszahlungen eines Jahres und umfasst somit auch die Investitionen.

Bezeichnung		Ansatz 2021
01.	Steuern und ähnliche Abgaben	40.435.000
02.	Zuwendungen und allgemeine Umlagen (außer für Investitionstätigkeit)	3.818.500
03.	Sonstige Transfereinzahlungen	0
04.	Öffentl.-rechtl. Entgelte außer Beiträgen u. ä. Entgelten für Investitionstätigkeit	998.200
05.	Privatrechtliche Entgelte (außer für Investitionstätigkeit)	894.500
06.	Kostenerstattungen und Kostenumlagen außer für Investitionstätigkeit	324.000
07.	Zinsen und ähnliche Einzahlungen	126.000
09.	Sonstige haushaltswirksame Einzahlungen	1.241.000
10.	= Summe der Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	47.837.200
11.	Auszahlungen für aktives Personal	8.592.200
12.	Auszahlungen für Versorgung	69.000
13.	Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen und für geringwertige Vermögensgegenstände	7.991.800
14.	Zinsen und ähnliche Auszahlungen	52.000
15.	Transferauszahlungen (außer für Investitionstätigkeit)	23.783.000
16.	Sonstige haushaltswirksame Auszahlungen	2.588.800

17.	= Summe der Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	43.076.800
18.	Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit	4.760.400
19.	Zuwendungen für Investitionstätigkeit	4.255.000
20.	Beiträge u. ä. Entgelte für Investitionstätigkeit	365.000
21.	Veräußerung von Sachvermögen	1.900.000
23.	Sonstige Investitionstätigkeit	376.000
24.	= Summe der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	6.896.000
25.	Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	2.440.000
26.	Baumaßnahmen	13.485.000
27.	Erwerb von beweglichem Sachvermögen	1.430.000
29.	Aktivierbare Zuwendungen	2.107.000
30.	Sonstige Investitionstätigkeit	855.000
31.	= Summe der Auszahlungen für Investitionstätigkeit	20.317.000
32.	Saldo aus Investitionstätigkeit	- 13.421.000
33.	Finanzmittel-Überschuss / - Fehlbetrag	- 8.660.600
34.	Einzahlungen; Aufnahme von Krediten	2.700.000
35.	Auszahlungen; Tilgung von Krediten	1.089.000
36.	Saldo aus Finanzierungstätigkeit	1.611.000
37.	= Summe der Salden aus Zeile 33 und 36 (Änderung des Zahlungsmittelbestands)	- 7.049.600

Der komplette Entwurf des Haushaltsplans wurde den Ratsmitgliedern in Papierform gesondert zugestellt.

Ergebnishaushalt

- Realsteuererträge (Grund- und Gewerbesteuern) werden 2021 in Höhe von 23,828 Mio. € eingeplant. Der Gewerbesteueransatz wird mit 20,2 Mio. € kalkuliert, die Grundsteuer A und B mit zusammen 3,628 Mio. €.
- Die Steuerhebesätze bleiben im Entwurf konstant. Für die Grundsteuer wurden sie letztmals zum 1.1.1998 (von 235 auf 275 v. H.) angepasst, der Gewerbesteuerhebesatz beträgt seit 2016 330 v.H. In der Gemeindegrößenklasse von 20.000 – 50.000 Einwohnern betragen die durchschnittlichen Hebesätze in Niedersachsen im Jahr 2019 für die Grundsteuer B 410 v.H. und für die Gewerbesteuer 400 v.H. Für das Jahr 2021 betragen die für die Berechnung der Finanzausgleichsleistungen und Kreisumlage maßgebenden Hebesätze (90 % des gewichteten Durchschnittshebesatzes der nds. Gemeinden unter 100.000 Einwohner im Jahr 2019) bei der Grundsteuer A = 348 v. H., Grundsteuer B = 367 v. H., Gewerbesteuer = 351 v. H.
- Im Haushalt 2021 werden 12,585 Mio. € aus dem Gemeindeanteil an der Einkommensteuer- und 3,404 Mio. € aus dem Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer veranschlagt. Nach der aktuellen Steuerschätzung vom September 2020 wird für das Jahr 2021 auf Landesebene ein Niveau von 3,642 Mrd. € erwartet. 2021 steigt der Anteil der Stadt Lohne aufgrund der (alle drei Jahre) fälligen Neuberechnung der Schlüsselzahlen für die Stadt Lohne von 0,33651 %-Punkten um 2,7 % auf 0,34563 %-Punkte - das führt zu einem Ansatz von 12,585 Mio. €. Die Steuerschätzung geht für Niedersachsen für 2021 von einem Umsatzsteueranteil von 740 Mio. € aus. Hier steigt der Anteil der Stadt Lohne durch die neuen Schlüsselzahl deutlich von 0,404415 %-

Punkten um 13,9 % auf 0,4606491 %-Punkte, so dass ein Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer von 3,404 Mio. € eingeplant wird.

- Der Personalkostenansatz (Aufwand) für aktives Personal beträgt für das Jahr 2021 einschließlich der Zuführungsbeträge zu den Rückstellungen 9,160 Mio. € und erhöht sich im Vergleich zum Vorjahr um ca. 1,8 %, da neben den bekannten Besoldungs- bzw. Lohnerhöhungen nur eine neue Stelle ausgewiesen wurde. Zahlungswirksam im Finanzhaushalt (ohne Rückstellungen) sind für aktives Personal 8,592 Mio. € eingeplant.
- Die Kreisumlage wird 2021 auf einer Basis von 34 Punkten mit 13,425 Mio. € veranschlagt. Sie berechnet sich auf Grundlage der Steuerkraft im Zeitraum 1.10.2019 – 30.9.2020. 2020 lag die Kreisumlage bei einem Umlagesatz von 35 Punkten noch bei 13,720 Mio. € (Rückgang 2020/2021 = 0,295 Mio. €). Ein Punkt Kreisumlage bedeutet im Jahr 2021 Ausgaben von ca. 394.000 € (2020 = 392.000 €).
- Die auf die tatsächlichen Ist-Einnahmen abzuführende Gewerbesteuerumlage beträgt weiterhin 35 Punkte, bei einem Gewerbesteuer-Planansatz von 20,2 Mio. € daher 2,142 Mio. €.
- Um das bestehende Finanzkraftgefälle auf Gemeindeebene auszugleichen, erhalten Gemeinden in der Regel Schlüsselzuweisungen durch das Land. Steuerstarke Kommunen müssen ab einer gewissen eigenen Steuerkraft einen Betrag von 20 % des Überschusses in den Finanzausgleichstopf als Umlage an das Land Niedersachsen abführen. Das Land verteilte 2020 2,276 Mrd. € Schlüsselzuweisungen für Gemeindeaufgaben nach der Einwohnerzahl der Städte und Gemeinden (die für einwohnerstärkere Gemeinden höher gewichtet wird), unter Berücksichtigung der jeweils vorhandenen individuellen kommunalen Steuerkraft und Einwohnerzahl – im Durchschnitt also etwa 284 € je Einwohner. Eine nds. Gemeinde mit 27.000 Einwohnern erhielt also im Schnitt 7,675 Mio. € Schlüsselzuweisungen vom Land. Lohne erhält (wie in fast allen Jahren seit 1999) in 2021 keine Schlüsselzuweisungen. Stattdessen wird für das Jahr 2021 bei einem geschätzten Grundbetrag je Einwohner von 1.147 € und 27.144 Einwohnern zum Stichtag 30.06.2020 die Abführung einer FAG-Umlage an das Land in Höhe von 812.000 € erwartet. Dies bedeutet einen neuen Höchststand.
- Der Ergebnishaushalt des Jahres 2021 schließt mit einem Planüberschuss von 1,753 Mio. €.

Finanzhaushalt

- Die laufenden Einzahlungen und Auszahlungen des Finanzhaushaltes sind in der Planung mit dem Ergebnishaushalt überwiegend identisch. Unterschiede zwischen Finanzhaushalt und Ergebnishaushalt ergeben sich vor allem daraus, dass sich Investitionen im Finanzhaushalt niederschlagen, während in den Ergebnishaushalt die sich hieraus ergebenden Abschreibungen einfließen.
- Im laufenden Finanzhaushalt 2021 wird ein Zahlungsmittelüberschuss von ca. 4,760 Mio. € erwartet (2020 = 6,181 Mio. €).
- Die Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen für Grunderwerb, Baumaßnahmen, Erwerb von beweglichen Vermögensgegenständen betragen 2021 planmäßig rd. 20,317 Mio. € und liegen wie in den Vorjahren auf einem im Landesvergleich überdurchschnittlichen Niveau.

- Den Auszahlungen für Investitionen stehen erwartete Einzahlungen in Höhe von rd. 6,896 Mio. € gegenüber (Zuwendungen, Beiträge, Veräußerungserlöse).
- Der investive Finanzmittelfehlbetrag in Höhe von 13,421 Mio. € wird neben dem Überschuss aus der laufenden Verwaltungstätigkeit (4,760 Mio. €) und der möglichen Kreditaufnahme (2,7 Mio. €) aus Reserven des vorhandenen Zahlungsmittelbestands finanziert. Dabei ist gleichzeitig eine planmäßige Tilgung bestehender Kredite von 1.089.000 € eingeplant, so dass sich die Nettoneuverschuldung auf 1.611.000 € beläuft.
- Unter diesen Voraussetzungen sind die nach § 110 Abs. 4 NKomVG geforderte Liquidität der Kommune sowie die Finanzierung ihrer Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen sichergestellt.

Stellenplan:

Nach § 5 KomHKVO weist der Stellenplan die erforderlichen Stellen der Beamten und der weiteren nicht nur vorübergehend Beschäftigten aus. Gemäß der gesetzlichen Vorgabe enthält der Stellenplanentwurf für das Haushaltsjahr 2021 nur die erforderlichen Planstellen.

Der Personalbestand der Stadtverwaltung einschließlich Hausmeister, Bauhof, Schulsekretärinnen und Waldbadpersonal ist nach wie vor im Vergleich zu anderen Kommunen gering. Bezogen auf Ganztagsbeschäftigte waren zum 01.10.2020 13,23 Beamte, 70,86 Tarifbeschäftigte und 38,31 handwerklich tätige Tarifbeschäftigte für die Stadt Lohne tätig.

Im Jahr 2019 betrug der Personalaufwand für aktives Personal 7,986 Mio. €. Dabei beliefen sich die momentan gebuchten reinen Dienstaufwendungen auf 7,419 Mio. €. Hinzu kommen noch vorzunehmende Abschlussbuchungen für Pensions- und Beihilferückstellungen sowie Rückstellungen für Urlaub, Überstunden und Altersteilzeit in Höhe von insgesamt 567 T€. Zahlungswirksam waren im Personalbereich für aktives Personal 2019 7,314 Mio. €, woraus sich bei einer Einwohnerzahl von 26.965 (Stand 30.06.2019) Personalauszahlungen in Höhe von 271,24 € je Einwohner ergaben.

Tendenziell ist der Stellenplan 2021 konstant in der Planstellenausweisung, eine zusätzliche Stelle wurde im Bereich Stadtplanung geschaffen. Dies wird im Folgenden weitergehend erläutert.

Beamte:

Es wird in diesem Zusammenhang auf die weitere Ausweisung der B 2- Stelle (unter lfd. Nr. 2, Teil A) hingewiesen bedingt durch die mögliche Umwandlung eines bestehenden Laufbahnbeamtenverhältnisses (unter lfd. Nr. 3, Teil A) in ein Beamtenverhältnis auf Zeit.

Durch Änderung der Niedersächsischen Kommunalbesoldungsverordnung mit Inkrafttreten zum 10.10.2020 wurden die monatlichen Höchstbeträge für den a) Hauptverwaltungsbeamten sowie b) den Allgemeinen Vertreter von a) 245,- auf 294,- € und b) von 165,- auf 198,- € angehoben. Im Stellenplan 2021 wurden die angepassten Höchstbeträge unter Erläuterungen ausgewiesen.

Beschäftigte/ehem. Angestellte:

Neueinrichtung einer Planstelle:

- Abt. 61 – Planung und Umwelt
Aufgrund des verstärkten Bedarfs an Änderungen im Bereich der B-Pläne im Zusammenhang mit städtischen Entwicklungsprozessen und Auflagen der übergeordneten Aufsichtsbehörden unter Beachtung des Umweltschutzes sowie einer perspektivischen Nachfolgeregelung in der Abteilungsleitung wird eine zusätzliche Stelle Stadtplaner (unter lfd. Nr. 1, Teil B) mit EG 13, Vollzeit, ausgewiesen.

Anpassung von Stellenanteilen:

- Stellenplan Teil B
Aufgrund von personellen Änderungen erfolgten in den Abteilungen 10, 33, 21, 51 und 60 entsprechende Anpassungen der Stellenanteile (unter lfd. Nr. 31, 38 und 46)
- Schulsozialarbeiter Realschule, Stellenplan Teil B
Durch Beschluss des Verwaltungsausschusses zur unbefristeten Weiterbeschäftigung des Stelleninhabers wird die Stelle dauerhaft ausgewiesen (unter lfd. Nr. 46, Teil B)

Weiteres:

Auf Beschluss des Verwaltungsausschusses vom Februar 2020 wurde im Haushaltsplan 2021 erstmals seit Einführung der Doppik 2010 die Auswahl wesentlicher Produkte angepasst. Folgende wesentliche Produkte werden erstmals gesondert dargestellt:

- 36701 Familienbüro
- 42403 Sonstige Sportanlagen (enthält den Kostenträger „Sport- und Mehrzweckhalle LOHNEUM“)
- 54601 Parkhäuser
- 56101 Umweltmaßnahmen/Klimaschutz
- 57101 Wirtschaftsförderung und
- 57501 Tourismus.

Das Produkt 54501 Straßenbeleuchtung wird zukünftig nicht mehr als wesentliches Produkt geführt.

Hierzu wurden im Entwurf Produktbeschreibungen, Auftragsgrundlagen, Zielgruppen und Ziele formuliert und erste Kennzahlen entwickelt.

Zudem sieht der Entwurf die Einführung des Produkts „Naturschutz“ vor (Produkt 5540101), das bisher in den Produkten „Bauleitplanung und Entwicklung“ oder „Umweltschutz“ verortet war. Zur besseren Abgrenzung erhält das Produkt „Umweltschutz“ ab 2021 die Bezeichnung „Umweltschutz-/Klimaschutzmaßnahmen“.

Beratungsverlauf:

Stadtkämmerer Theder ging zunächst auf die allgemeine Finanzlage ein. Aufgrund der Coronakrise gibt es in bestimmten Wirtschaftsbereichen zum Teil erhebliche finanzielle Einbrüche. Bislang zeichnen sich in Lohne allerdings noch keine gravierenden Auswirkungen auf die Haushaltssituation ab. Der Gewerbesteuer ausfall des letzten Finanzausgleichsjahres wurde mit ca. 3 Mio. € ausgeglichen, die genaue Zahl sei noch nicht bekannt. Bei einem Steuerausfall könnte unter Umständen der Rettungsschirm des Landes Niedersachsen in

Anspruch genommen werden. Herr Theder erläuterte dann den Inhalt der Vorlage. Die Steueranteile basieren auf Orientierungsdaten des Landes vom 30.9.2020. Der Einkommensteueranteil wird sich im Vergleich zum Nachtragshaushalt 2020 um 9,4 % auf 12,585 Mio. € verbessern. Der Umsatzsteueranteil verbessert sich um 18,6 % auf 3,404 Mio. €. Allerdings steigt auch die Abführung einer FAG-Umlage von 590.000 € (2020) auf den neuen Stand von 812.000 €. Die Kreisumlage beläuft sich trotz der Senkung auf 34 Punkte auf 13,425 Mio. €. Zu den Haushaltsresten wurde ergänzt, dass diese mit Umsetzung der Maßnahmen abgebaut werden. Abschließend wies Herr Theder darauf hin, dass das Produkt „Naturschutz“ im Haushaltsplan neu eingerichtet wurde.

Ein Sprecher der SPD-Fraktion teilte mit, dass die SPD dem vorgelegten Haushalt zustimmen werde, und begründete dies mit der Beantwortung aller Fragen durch den Kämmerer im Rahmen einer Fraktionssitzung. Trotzdem wies der Sprecher darauf hin, dass wiederum kein gesetzeskonformer Haushalt erreicht werde, weil dieser erst nach dem 1.1.2021 in Kraft trete. Ebenso wies der Sprecher auf die Einzelinvestitionen in einem Volumen ab 1,0 Mio. € hin, bei denen ein Wirtschaftlichkeitsvergleich fehle, und appellierte an die Umsetzung des Ratsbeschlusses, der diesen Vergleich vorsehe. Auch die Haushaltsreste in Größenordnung von deutlich über 20 Mio. € bei einem Haushaltsvolumen von 50 Mio. € wurden moniert und eine zeitnahe Umsetzung der Maßnahmen gefordert. Demzufolge wurde begrüßt, dass im Bauamt mehr Personal vorgesehen sei.

Bürgermeister Gerdesmeyer relativierte die hohe Summe bei den Haushaltsresten und nannte als Hauptursache den nicht erfolgten Grunderwerb in Größenordnung von rund 10 Mio. €. Auch habe die Stadt Lohne stets vorsorglich Gelder für beabsichtigte Maßnahmen sehr früh in den Haushalt eingestellt. Demzufolge haben sich weitere Haushaltsreste ergeben.

Der Ausschussvorsitzende ließ nach dieser Aussprache über den Haushalt 2021 abstimmen.

Beschlussempfehlung:

Die Haushaltssatzung und der Haushaltsplan sowie das Investitionsprogramm für das Haushaltsjahr 2021 werden beschlossen.

mehrheitlich beschlossen

Ja-Stimmen: 12 , Enthaltungen: 1

10. Mitteilungen und Anfragen

10.1. Förderanträge für die Sanierung kommunaler Einrichtungen

Stadtkämmerer Theder teilte mit, dass zur Fristwahrung bereits im Verwaltungsausschuss am 12.11. über die Stellung von Förderanträgen im Bundesprogramm „Sanierung kommunaler Einrichtungen in den Bereichen Sport, Jugend und Kultur“ für die Vereine Grün-Weiß Brockdorf und Blau Weiß Lohne beraten und entschieden wurde.

10.2. Förderung "Kleines Kaufhaus Lohne"

Es wurde mitgeteilt, dass die Stadt Lohne den Sozialdienst katholischer Frauen e. V. Vechta (SkF) für die Einrichtung eines Kleinen Kaufhauses in Verbindung mit einem Fachmarkt mit einem Betrag in Höhe von 20.400 € fördert.

10.3. Aufstockung des Lohner Sondergutscheins

Verwaltungsseitig wurde mitgeteilt, dass die Stadt Lohne sich an dem Lohner Sondergutschein mit einer Aufstockung um fünf Euro pro Gutschein beteiligt. Insgesamt werden hierfür bis zu 50.000 Euro zur Verfügung gestellt, so der Beschluss des Verwaltungsausschusses.

10.4. Abwasserpreise

Der OOWV wird zum 1.1.2021 den Arbeitspreis als Bestandteil des Schmutzwasserbeseitigungsentgeltes von bisher 1,40 € auf 1,60 €/m³ anheben. Das Niederschlagswasserbeseitigungsentgelt in Höhe von 0,55 € je m² überbauter und befestigter Fläche bleibt konstant.

Tobias Gerdesmeyer
Bürgermeister

Walter Sieveke
Vorsitzender

Maik Bakenhus
Protokollführer